



Beschluss

TOP I.9

Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs (eJustice-Bundesratsinitiative)

Berichterstatter: Hessen

1. Die Justizministerinnen und Justizminister nehmen den Gesetzentwurf der Arbeitsgruppe „eJustice-Bundesratsinitiative“ der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Schleswig-Holstein zur Kenntnis.
2. Die Justizministerinnen und Justizminister halten die in dem Gesetzentwurf vorgeschlagenen Rechtsänderungen zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs für geeignet und erforderlich. Sie bitten die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen, Niedersachsen und Sachsen, den Gesetzentwurf umgehend als gemeinsamen Gesetzentwurf in den Bundesrat einzubringen.

